



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 74. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/430, Antrag 014. und Postulat GR Nr. 2023/565

2626. 2023/430
Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024

Gemeinsame Behandlung der Anträge 014. und 015. (Postulat GR Nr. 2023/565)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Am 7. Oktober 2023 kam es in Israel zu einem brutalen Terrorangriff durch die Hamas auf die Zivilbevölkerung. Im Nachgang kam es auf der Welt zu Angriffen auf jüdische Menschen, auch in Zürich. Das ist inakzeptabel und es ist unsere Aufgabe, den Antisemitismus zu verurteilen und zu bekämpfen. Das Postulat fordert, dass eine Stelle geschaffen wird, die Antisemitismus stärker bekämpft. Der Stadtrat zeigt sich kooperativ und hat ähnliche Absichten. Bei der Umsetzung sind wir einen Kompromiss bei der Stellenschaffung eingegangen. Die Mehrheit der Parteien, die das Postulat unterzeichnet haben, möchte eine Stelle schaffen, die die Bekämpfung des Antisemitismus zur Aufgabe hat. Die FDP und SVP möchten ergebnisoffen prüfen, ob eine separate Stelle nötig ist. Ich bin froh, geht es beim Kompromiss um das Mittel, nicht den Zweck.

Johann Widmer (SVP): Selbstverständlich ist Antisemitismus inakzeptabel. Wir möchten aber erst prüfen, ob eine Stelle notwendig ist, statt voreilig zu handeln. Nicht begrüßen würden wir eine Stelle im Gleichstellungsbüro.

Weitere Wortmeldungen:

Pärparim Avdili (FDP): Für die FDP ist die Bekämpfung von Hass jeglicher Art ein zentrales Anliegen. Spätestens nach dem 7. Oktober 2023 ist der Antisemitismus in Zürich aufgeflammt. Klar wurde auch der Nachholbedarf in vielen Institutionen der Stadt, auch im Präsidialdepartement und in Organisationen, die von der Stadt unterstützt werden. Das Schaffen einer neuen Stelle ist nicht Priorität. Zuerst sollte untersucht werden, welche bestehenden Stellen der Verwaltung Defizite aufweisen. Es gibt bereits Stellen der Stadt, die sich mit Rassismus und Gleichstellung befassen. Es gilt zu prüfen, wie Antise-



mitismus dort eingebunden werden kann. Dabei darf es für die FDP auch zu Auswechslungen beim Personal kommen, um sicherzustellen, dass die Aufgabe erfüllt wird. Wir lehnen den Antrag zur Stellenschaffung ab, das Postulat unterstützen wir natürlich.

Stefan Urech (SVP): Wir stellten einen Textänderungsantrag, sind aber nicht damit durchgekommen. Eine zusätzliche Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus braucht es nicht, obwohl wir das Anliegen selbstverständlich teilen. Es gibt bereits viele Angebote zur Bekämpfung von Antisemitismus, zum Beispiel Likrad, wo jüdische Jugendliche in Schulen einen Dialog mit den Kindern suchen. Momentan werden sie nicht oft genutzt, aus Angst in der Bevölkerung oder an den Schulen. Was eine neue Stelle im Präsidialdepartement bringen soll, ist nicht klar. Die bestehenden Angebote sind viel effektiver. Andererseits möchte die linke Ratsseite nicht anerkennen, dass der Antisemitismus ein importiertes Problem ist. Ihr könnt den Antisemitismus nicht verurteilen und gleichzeitig Leute aufnehmen, die fundamental andere Wertvorstellungen haben.

Marcel Tobler (SP): Antisemitismus ist leider ein reales Problem, auch bei uns. Ich schildere einige Fälle, die sich nach dem 7. Oktober 2023 zugetragen haben: Ein Bekannter war auf dem Weg zu einer Kundgebung für die israelischen Geiseln. Er hatte ein Schild in der Hand, auf dem zu erkennen war, dass er sich für Israel ausspricht. Eine weisse Frau, etwa Mitte fünfzig, hat ihn auf Schweizerdeutsch mehrfach als «Scheissjude» beschimpft. Einem neunjährigen Jungen mit Kippa wurden in einer Stadtzürcher Schule von zwei älteren Schülern Fotos von Auschwitz gezeigt. Sie sagten ihm, es sei schade, dass er und seine Familie nicht von den Nazis vergast wurden. Das Vorurteil des Antisemitismus, Juden seien Feinde oder anders als wir, ist auch bei uns allgegenwärtig. Wir müssen das bekämpfen. Die beantragte Stelle ist ein kleiner Schritt, aber signalisiert der jüdischen Bevölkerung, dass sie in ihrem Kampf nicht allein ist.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Wir setzen uns selbstverständlich für eine gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft für alle ein. Antisemitismus muss entschlossen bekämpft werden. Darum haben wir das Postulat miteingereicht und befürworten die Schaffung dieser Stelle. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss gesamtgesellschaftlich angegangen werden.

Ronny Siev (GLP): Seit 2 000 Jahren sind jüdische Menschen eine vulnerable Minderheit. In den letzten Jahren ist der Antisemitismus stark angestiegen und die diesjährigen Vorfälle können wir nicht akzeptieren. Darum ist es mir wichtig, dass eine Stelle geschaffen wird. Ich verstehe die Bedenken von Stefan Urech (SVP). Die Angestellten müssen sich gut mit Antisemitismus auskennen. Die Leute, die im Gleichstellungsbüro arbeiten, sind keine Spezialisten in diesem Bereich. Ich hoffe, dass die Stelle zu mehr Akzeptanz und Verständnis beitragen kann. Bisher haben keine Stadt und kein Kanton etwas Vergleichbares getan. Zürich kann mit gutem Beispiel vorangehen.



Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Nach dem schrecklichen Angriff der Hamas haben antisemitische Vorfälle in der Stadt Zürich, in unserer Region und in Europa stark zugenommen. Das beunruhigt uns sehr. Es ist für die ganze Gesellschaft wichtig, dass wir als Stadt Zürich für ein friedliches Zusammenleben, Toleranz, Demokratie und den Rechtsstaat eintreten. Wir tolerieren keinen Antisemitismus. Seit dem furchtbaren 7. Oktober 2023 ist die Stadtpolizei viel intensiver im Austausch mit jüdischen Einrichtungen und persönlich betroffenen Menschen. Der Stadtrat will, dass jüdische Menschen und alle Religionsgemeinschaften ihre Religion und Kultur in Zürich frei und sichtbar leben können. Neu unterstützen wir dafür zum Beispiel die Meldestelle für antisemitische Vorfälle, die der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) betreibt. Die Stadtpolizei ermittelt in Bezug auf die jüngsten antisemitischen Straftaten und verfügt über einen speziellen Führungsstab im Zusammenhang mit den Ereignissen im Nahen Osten. Antisemitismus ist kein importiertes Problem. Bereits im 14. Jahrhundert wurde in Zürich eine ganze jüdische Gemeinde ausgelöscht und vertrieben. Die heutigen Vorfälle zeigen ausserdem, dass Antisemitismus mitten in unserer Gesellschaft stattfindet. Das Postulat will hier ansetzen. Wir wollen die Bekämpfung von antisemitischem Gedankengut stärken. Wir sind sehr gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir werden es in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden und ihren Dachverbänden prüfen. Die Stelle werden wir nach der Prüfung zusammen mit den jüdischen Institutionen ausschreiben und besetzen. Wir haben eine Verpflichtung und wollen das Thema angehen.*

S. 142	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat				999 000 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				100 000	1 099 000 Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)
		Begründung:	Schaffung einer Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



4 / 4

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2644. 2023/565

Postulat der SP-, FDP-, Grüne-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 06.12.2023:

Schaffung einer Stelle zur wirksameren Bekämpfung des Antisemitismus in der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat